

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

155 (8.6.1900)



Die Flottengesetz-Novelle vor dem Reichstag.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

204. Sitzung vom 6. Juni.

Das Haus ist gut besetzt.

2 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Fürst zu Hohenlohe, Graf Bülow, Graf von Posadowsky, Tirpitz, Hr. von Tschirman u. A.

Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung mit den Worten: Nach der kurzen Pause heiße ich die Kollegen aus herzlichster Willkommen.

Weiter theilt der Präsident mit, daß Abg. Vielhaben (Antif.) sein Mandat niedergelegt hat.

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung der Flottengesetz-Novelle.

Die Beratung beginnt beim § 1, der den Bestand der Flotte nach dem Regierungsvorschlag festsetzt (Verdoppelung der Schlachtschiffe) mit Ausnahme der Auslandsschiffe, welche die Kommission geprüft hat.

Berichterstatter Müller-Fulda (Str.) referiert unter Hinweis auf den ausführlichen gedruckten Kommissionsbericht in Kürze das Ergebnis der Kommissionsberatungen.

Reichsmarineminister Tirpitz: Ein Mehrbedarf an Auslandsschiffen liegt eigentlich jetzt schon vor, und er ist bedingt durch die nach Aufstellung des ersten Flottengesetzes erfolgte Verlagerung von Kreuzern nach Ostasien, durch die außerordentliche Entwicklung der deutschen Schifffahrt nach Ostasien, durch die starke Entwicklung der chinesischen Handelsflotte in den letzten paar Jahren.

In der Begründung der vorliegenden Novelle der Regierung ist darauf ausdrücklich hingewiesen worden, es heiße das, daß für eine erfolgreiche wirtschaftliche Bekämpfung der Auslandsschiffe schon jetzt eine vermehrte Zahl von Auslandsschiffen erforderlich sei.

Wenn Ihnen die Regierung trotzdem vorgeschlagen habe, diese Auslandsschiffe erst vom Jahre 1906 ab zu bauen, so thäten Sie es, weil Sie sich gewissermaßen in einer Zwangslage befinden.

Gleichzeitig die einheimischen neuen Schlachtschiffe zu bauen und die Auslandsschiffe zu vermehren ersähen nicht angängig, und da es als notwendig das Wichtigere, die Schlachtschiffe, vorzuziehen.

Zum Erlaß für den Mehrbedarf an Auslandsschiffen werden wir in den nächsten Jahren auf die Kreuzer der Materialreserve zurückgreifen müssen, die sonst bekanntlich die doppelte Funktion haben, die Umschichtung von Schiffen zu ermöglichen und zeitweilig auch zur Verstärkung zu dienen.

Es ist aber natürlich, daß dieses Ersatzmittel nur für eine Reihe von Jahren gewährt werden, und daß es als dauernder Zustand nicht als zweckmäßig erachtet werden kann, man müßte denn gerade das wohl erwogene und auch vom Reichstage als berechtigt anerkanntes Prinzip der Materialreserve überhaupt aufgeben.

Ein zweites Ersatzmittel für die Auslandsschiffe liegt in den einflussreichen Schiffen der heimischen Handelsflotte. So lange die einzelnen Formationen unserer Flotte noch in der Bildung begriffen sind, wird es möglich sein, auch auf diese zurückzugreifen; sind die Geschwader aber erst einmal fertig, dann wird es, ohne die Verwendbarkeit der heimischen Flotte stark zu beeinträchtigen, nicht mehr angängig sein.

Es ist auch noch sehr fraglich, ob es möglich sein würde, im Falle eines europäischen Konflikts diese Auslandsschiffe zurückzurufen und wieder als Aufklärungschiffe für die heimische Handelsflotte zu verwenden.

Man verzieht die Gefahr, daß diese Schiffe bei der Heimkehr abgefangen werden können, und wenn das auch nicht geschieht, daß sie erst dann eintreffen könnten, wenn die Entscheidung bereits gefallen ist, daß sie, mit anderen Worten, zu spät kommen.

Das sind die Gründe, warum die verbündeten Regierungen eine Vermehrung der Auslandsschiffe vom Jahre 1906 ab befürworten zu sollen glauben.

Für das Maß der Vermehrung lassen sich sichere Anhaltspunkte nicht geben, ich halte es aber für höchst unwahrscheinlich, daß das von den Regierungen geforderte Maß der Vermehrung zu hoch gegriffen ist; im Gegenteil, es ist sogar möglich, daß eine derartige Steigerung der Interessen einmal eintreten kann, daß auch noch eine stärkere Vermehrung der Auslandsschiffe notwendig ist.

Nun hat die Kommission beschlossen, die Vermehrung der Auslandsschiffe aus dem vorliegenden Entwurf ganz zu beseitigen, zumal ja die Regierungen die Vermehrung der Auslandsschiffe selbst erst mit dem Jahre 1906 beginnen lassen wollten.

Ich glaube zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß die verbündeten Regierungen einer Vertagung der Entscheidung der Frage zustimmen werden.

Abg. Webel (Soz.): Der Berichterstatter hat sich seine Aufgabe sehr leicht gemacht und überhaupt keine materiellen Gründe angeführt.

Aber die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, woher es kommt, daß die Partei, der der Herr Berichterstatter angehört, ihren ursprünglichen ablehnenden Standpunkt aufzugeben hat und heute einmütig bereit ist, der Vorlage zuzustimmen.

Bei der ersten Lesung hat der Redner des Centrum, der Abg. Dr. Schäfer, einige Bemerkungen gethan, die es höchst wunderbar erscheinen lassen, daß jetzt das Centrum für die Vorlage ist.

Damals sagte Herr Schäfer, der Staatssekretär Tirpitz habe sich desavouiert, denn er hat sich nicht desavouiert, und wenn er es hätte, dann hätte ihn das Centrum rehabilitiert.

Sch bin überzeugt, der Staatssekretär hätte sich auch zuweilen gegeben, wenn das Centrum weniger bewilligungslustig gewesen wäre; er hätte sich dann gesagt: Habe ich erst das eine Ende, dann bekomme ich auch das andere.

Nach dem, was die Herren vom Centrum in den letzten zwei Jahren an Unfug geleistet haben, hätte der Staatssekretär sich ganz ruhig sagen können, daß diese Partei ihm später alles bewilligen würde.

Was ist das, daß einen solchen Wechsel der Anschauungen rechtfertigen könnte? Das Centrum hat sich einfach überzogen lassen, weil es sich überzogen lassen wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Noch im Jahre 1895 hat der Reichstagskanzler erklärt, alle seine schönen Träume von einer schönen großen Flotte zu zerstreuen, wenn er sich des Reichstags und der Steuerzahler erinnere.

Damals war Fürst Hohenlohe der Träumer, heute vertritt er diese Vorlage. Auch die Centrumspreffe hat sich entschieden gegen die Vergrößerung der Flotte erklärt und sogar geschrieben, man solle es ruhig auf eine Verkleinerung des Reichstags ankommen lassen.

Nun wurde in der Kommission gesagt, eine schwache deutsche Flotte reize zum Angriff auf Deutschland. Aber haben wir denn heute unter Angriffslustigen Flottenmächten zu leiden? Nun, alle die Gründe, die sonst für Militärvorlagen vorgebracht werden, werden jetzt für eine Verkleinerung der Flotte angeführt.

Wie denkt man sich die Situation, wenn ein Krieg zwischen England und Deutschland ausbricht? Dann werden sich doch sofort England und Frankreich einmischen.

Wir haben den Fürsten Bismarck stets als entschiedenen Gegner betrachtet, aber in der Beurteilung der europäischen Lage mußten wir ihm doch oft Recht geben; er hatte völlig Recht, als er unser Verhältnis zu England ablehnte und einen Krieg zwischen Deutschland und England für ausgeschlossen erklärte.

Weiter wird gesagt, die Flotte sei notwendig zum Schutze des Handels. Aber die Thatsache, daß der

deutsche Auslandsverkehr fortwährend im Steigen begriffen ist, beweist doch, daß es zum Schutze des Handels keiner starken Schlachtschiff-Flotte bedarf.

Eine Vermehrung von Handel und Verkehr erfolgt am besten durch die Politik der offenen Thüre. Deutschland wird trotz aller Anstrengungen doch niemals in der Lage sein, es zur See mit England anzunehmen; ein Wettrennen in der Flottenvermehrung wird uns also gar nichts nützen.

In der Budgetkommission haben wir angefragt, wie es kommt, daß Deutschland keine Schiffe theurer baut als andere Länder; stichhaltige Gründe dafür sind uns nicht angegeben.

Darum, daß die Arbeiterklasse von der Flottengesetz-Novelle einen Vortheil hat, kann gleichfalls nicht die Rede sein. Die Ausgaben sind ganz unproduktiv. Es verhält sich damit genau so wie mit dem Vorgange, als einmal der Berliner Magistrat die Arbeitslosigkeit dadurch zu überwinden suchte, daß er Arbeiter annahm, die die Mehreinnahmen abtrugen, indem sie den Sand, den sie von dem einen Berge wegnahmen, auf einen andern trugen.

Genau derselbe Vorgang wiederholt sich jetzt bei den unproduktiven Ausgaben für die Marine. Weiter laugen die Flottenfreunde, daß das im Ausland investierte deutsche Kapital geschützt werden muß, aber man vergißt ganz, daß England und andere Länder ihr Kapital auch bei uns investirt haben.

Diese bedauerlichen Interessen werden am besten durch eine vernünftige internationale Politik geschützt. Sie verlangen, daß die deutschen Arbeiter für die Flotte sich begeistern in demselben Ausmaß, wie die Regierung eine Erhöhung des Getreidepreises in Aussicht stellt (Sehr richtig! links).

Wir beschließen hier eine Pause, die angeht den Handel, welchen wir durch die Flottenvermehrung durch den Handel fördern wollen. Eine eigentümliche Situation! Fort und fort wachsen die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik.

Aber für Kulturaufgaben ist kein Geld übrig, ich erinnere mich an die Verlagerung des Mendel'schen Hofes; Jahre lang hat es gedauert, bis der Staat sich endlich entschloß, einzugreifen. In dem Städtchen Dörmow können 300 katholische Kinder keinen Schulunterricht genießen, weil kein Geld für Schulbauten da ist. Und hier wird das Geld mit wunden Händen weggegeben.

Und nun bedenkens das die ungeschickte Weise, wie für die Flotte agitiert wird. Das Non plus ultra an ungeschickter Agitation ist ja mit dem Expedientenabwägen am Aben gegeben; es wird erzählt, daß ein Bauerlein, das die Schiffe sah, den Ausbruch that: Wenn der Kaiser so kleine Schiffe hat, dann müssen wir ihn neue an schaffen. (Sehr richtig! links).

Der Spott, der über diese Flottenagitationen in Deutschland und außerhalb Deutschlands ausgeübt wird, ist nicht unberechtigt. Wir feiern da heute ein Jubiläum; aber im Innern wird niemand, wer Koch und wer Keller ist. Wir erblicken in diesen Reden nur eine branderliche Verhöhnung der nationalen Gegenstände.

Im Jahre 1891 sagte der damalige Reichstagskanzler Graf Caprivi bei der Beratung des österreichischen Handelsvertrages, es sei nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo die Wälder einzeln werden, daß sie die Klümpchen zu ihm haben, einfallen werden, daß sie Klümpchen zu ihm haben, einfallen werden, daß sie Klümpchen zu ihm haben, einfallen werden.

Ich gegenständig das Mut anzuliegen, weil sie im wirtschaftlichen Kampf um das Leben geschickter sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen. (Hört! hört! links).

Bringen Sie Vorlagen, die darauf berechnet sind, Deutschlands Wohlstand, Deutschlands Handel, Deutschlands Verkehr zu unterstützen, dann werden wir ihnen zustimmen, solcher Vorlage wird dieser aber niemals. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (L.): Was hat denn die Flottenagitation mit der Flotte selbst zu thun? Daß die Agitation für die Flotte zweifellos ungeschickt war, bricht doch nicht gegen die Flottengesetz-Novelle. Da die Regierung sich damit einverstanden erklärt hat, die Entscheidung über die Auslandsschiffe anzugehen, so wollen auch wir dem zustimmen.

Wir nehmen den Abbruch der Auslandsschiffe nicht tragisch. Wenn die Entwicklung unserer Seebauwerke bis 1906 so wie jetzt weiter geht, dann werden wir allerdings noch nachträglich die Auslandsschiffe bewilligen müssen. Es ist bedauerlich, daß dies jetzt nicht geschehen ist.

Denn es ist nicht gut, immer wieder neue lebhaftige Kämpfe über die Stärke unserer Wehrkraft heraufzubekommen. Allerdings habe ich den Eindruck, daß der Widerstand gegen die Flotte nach und nach schwächer wird. Selbst die freisinnige Volkspartei ist von der großen nationalen Bewegung für die Flotte ergriffen worden.

Ja, sogar die deutschen Arbeiter verurteilen die Flottengesetz-Novelle nicht so, wie es nach den Reden der Sozialdemokraten scheinen könnte. Das würde sich klar zeigen, wenn die Arbeiter selbst über die Vorlage abstimmen könnten und nicht gezwungen abstimmen könnten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Es war eine merkwürdige Ironie, daß Herr Webel sich auf die Autorität des Fürsten Bismarck berufen hat. In Bismarck'schen Zeiten hat er das nicht gethan. Er hat aber kein Recht, sich auf den Fürsten Bismarck zu berufen; denn Fürst Bismarck hat niemals nach einer bestimmten Schablone Politik getrieben, wie das die Sozialdemokraten thun. Er hat immer das gethan, was in jedem Augenblicke nöthig war.

Der Krieg ist nicht ein Würfelspiel, wie man oft sagt; der Erfolg eines Krieges ist vielmehr das natürliche Resultat der Arbeit und Anstrengungen, die man in Friedenszeiten für Heer und Marine gemacht hat. Das haben wir noch 1870 gemerkt. Daß unsere Seemacht flüchtig und angestrengt gearbeitet haben und arbeiten, wird Niemand bestreiten, und ich bin überzeugt, wenn unsere Marineleute einmal in den Kampf hinausziehen, so werden sie siegen oder sterben.

Abg. Wassermann (ul.): Die Situation hat sich jetzt soweit geklärt, daß niemand, der jetzt noch gegen die Vorlage ist, wird überzeugt werden können. Andererseits ist heute schon klar, daß eine erhebliche Mehrheit der Vorlage zustimmen wird, und es besteht jetzt nur noch der Wunsch, die Verhandlungen über die Vorlage bald in befriedigender Weise abzuschließen.

Wir halten es für eine Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage, daß das Gesetz vom 1893 mit der jetzigen Vorlage verschmolzen worden ist. Es ist dies im Interesse der Klarheit und Uebersichtlichkeit des Gesetzes sehr zu begrüßen.

Auf der anderen Seite ist zu betonen, daß auch nach den Kommissionsberichten das Staatsrecht des Reichstags völlig gewahrt worden ist durch den § 5, in dem die jährliche Bewilligung vorbehalten ist. Wir sind hierfür bereits in der ersten Lesung eingetreten.

Die Vorlage soll ein Programm sein, das die Rücksicht anzeigt für die künftige Vermehrung unserer Flotte. Ein solches festes Ziel ist notwendig im Interesse des planmäßigen Ausbaues, der regelmäßigen Beschäftigung unserer Wehrten, aber auch im Interesse der systematischen Heranbildung des Materials als Matrosen, Offiziere und Ingenieure.

Das ist selbstverständlich auch ein Vortheil für unsere Arbeiter in den Werften. Die Bewilligung der Vorlage hat nach unserer Auffassung einen erheblichen Werth in Rücksicht auf unsere auswärtigen Beziehungen. Sie bedeutet das Dokumentieren des festen Entschlusses, auch anderen Nationen gegenüber unsere überlegenen Interessen zu schützen und uns diejenige Stellung über See zu verschaffen, die große Nationen verlangen müssen.

Wir haben in der ersten Lesung die Frage der Nothwendigkeit der Verkleinerung unserer Flotte bejaht und für die jetzt gestrichlenen Auslandsschiffe; wir haben sie bejaht mit Rücksicht

auf die europäischen und überseeischen Seemächte, auf die auswärtigen Staaten und die Expansionsgelüste, die andere Staaten zur Zeit haben. Den Freunden des Abg. Webel ist bereits früher entgegengehalten worden, daß die französischen Sozialdemokraten sich ganz anders verhalten als Sie, und daß der französische Handelsminister Mirrand zusammen mit den übrigen Ministern eine Verkleinerung der französischen Flotte verlangt hat, ein Verlangen, über das die französische Kammer bekanntlich weit hinausgegangen ist.

Im Ausland und auch im eigenen Parteilager des Herrn Webel wird theilweise ganz anders über die internationale Lage und die deutsche Flottengesetz-Novelle als von dem Abg. Webel. Ein amerikanischer Schriftsteller, Professor Power, sagt in einem Artikel des „Journal of economic“ über die jetzige Stimmung in Amerika: „Der Heringscrisis ist durch den spanisch-amerikanischen Krieg angestachelt worden. Wir haben von einem Weise getrunken, an den wir wenig gewohnt waren, und unsere Trunkenheit ist umso vollständiger.“

Das ist Angehöriger anderer Vorgänge aus der letzten Zeit vollständig richtig. Ferner schreibt das „Cincinnati Volksblatt“ in einem Artikel über die Handelskriege des 20. Jahrhunderts in Bezug auf die deutsche Flottengesetz-Novelle: „Deutschland ist durch die seiner Politik vorgezeichnet; es ist in einer Zwangslage, da es seine Machtstellung in der Weltpolitik behaupten und nicht dauernd von dem guten Willen der Kolonialmächte abhängen will.“

Seiner Industriellen, Arbeiter und Sportbänder wegen wird Deutschland im 20. Jahrhundert gezwungen sein, Kolonialpolitik im großen Stil zu treiben, und dazu bedarf es einer starken Kriegsmarine. Ohne Machtstellung auf dem Meere wird Deutschland seinen Einfluß unter den Nationen im 20. Jahrhundert rasch sinken sehen.“

Das sind doch Reden, die dafür sprechen, daß der Abg. Webel hier jetzt befreit, der richtige ist. Aber auch in sozialdemokratischen Zeitungen wird die europäische Lage anders beurteilt als von dem Abg. Webel. In der „Neuen Zeit“ steht Folgendes über die Stimmung in England: „Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß man in England das Bedenkliche und Gefährliche jener imperialistischen Bestrebungen zu erkennen bekennt.“

Zu Gegenüber der südafrikanische Krieg hat die jingolischen und imperialistischen Wünsche noch mehr gesteigert und der Traum vom weltbeherrschenden britischen Empire nimmt immer vielfachere Formen an. Gebt Großbritannien als Sieger aus den südafrikanischen Kämpfen hervor, so wird das abnehmlich schon überzogene Nationalgefühl zweifellos noch eine weitere Stärkung erfahren.“

Da ist klar gelegt, daß aus dieser Entwicklung in England heraus Gefahren heraussteigen, die früher jedenfalls in dem Maße nicht vorhanden waren. Ferner ist in einem Organ, dem, so viel ich weiß, Herr Dr. Schönlank näher steht, eine solche andere Beurteilung der internationalen Lage erfolgt. In der „Leipziger Volkszeitung“ heißt es in einem Artikel, betitelt „Wetterwolken“ nach einer Kritik der ganzen Flottenagitation: „Wäre dies nur eine Erfindung der Flottenschwärmer, berechnet, den Gang der Flottenentwicklung zu beschleunigen, dann müßte man das ganze Gebahren als eine Privatheit bezeichnen. Allein es ist leider nur zu richtig, daß Gefahren vorhanden sind, wir meinen kriegerische Gefahren, deren Konsequenzen man gar nicht absehen vermag.“

Herr Webel kann daraus entnehmen, daß nicht nur in der ausländischen Presse, sondern auch in der feineren eigenen Fraktion die Lage anders beurteilt wird, als von ihm selber.

Gegenüber dem Hinweis auf die möglichen Veränderungen in der Technik, welche die Gefahr einer großen Geldverschwendung in diesem Augenblicke hervorriefen, betone ich nur, daß es natur- und pflichtgemäß ist für unsere Marinewerwaltung, daß sie alle Zeit den technischen Fortschritten die größte Aufmerksamkeit widmet, daß rechtzeitig die Ausgaben neuer Erfindungen eintreten muß, die unsere Marine auf der nöthigen Höhe erhalten. Im Uebrigen waren es die alte Argumente, die wir von Herrn Webel hörten: die andere Mächte würden eben rüsten wie wir, unter Handel hat sich ohne Flotte entwickelt und eine starke Marine vergrößert die Gefahr eines Konflikts. Diese Argumente sind unzutreffend. Warum die britischen Lebensversicherer so groß wie heute nie war Deutschland ein so gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt wie jetzt. Es ist berechnet worden, daß das deutsche Nationaleinkommen durch die überseeische Kapitalanlage einen jährlichen Zuwachs von 410 450 Mill. erlährt. Demgegenüber muß die Aufmerksamkeit der konkurrierenden Staaten wachgerufen werden; es muß sich Reid und U zufriedenheit bei anderen Nationen geltend machen. Dann ab liegt es doch auch in der Natur der Sache, daß gegenüber einem so starken Anwachsen der überseeischen Interessen auch der Schutzwand erhöht werden muß.

Wir haben bedauert, daß die Kommission die Auslandsschiffe gestrichen hat. Unsere heutige Stellungnahme wird uns jedoch erleichtert durch den Umstand, daß erst von 1906 ab die Vermehrung dieser Kreuzer erfolgen sollte und daß sich unserer Aufmerksamkeit nach gebieterischer Nothwendigkeit verhalten wird, die jetzt gestrichlenen Kreuzer nachzufordern. Die verbündeten Regierungen haben heute sich bereit erklärt, die Beschlüsse der Budgetkommission anzunehmen und sich zunächst mit der Vermehrung der Schlachtschiffe zu begnügen. Wir sind demnach bereit, den § 1, der jetzt zur Diskussion steht, anzunehmen, vor Allem aus der Erwägung heraus, daß es immer ein wahres Wort bleiben wird, daß nur diejenige Diplomatie auf die Dauer Erfolg erlangen kann, die neben ihrer Kunst und hinter ihrer Kunst die nöthige Macht besitzt zu Lande sowie wie, nachdem die überseeischen Interessen drängt zu Lande schwerer getreten sind, wie heute, auch zur See. Wir sind der Ansicht, daß dieses Flottengesetz nach seiner Annahme ein Wahrzeichen sein wird für die fremden Nationen, mit denen wir im Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte stehen, dafür, daß wir in diesem Wettbewerb nicht gewillt sind, die deutsche Ehre anzufassen zu lassen, sondern daß Volk und Regierungen in Deutschland davon überzeugt sind, daß es notwendig ist, auf der See so stark zu sein, um jede Verletzung unserer Interessen abzuwehren, und daß dafür auch die nöthige Opferbereitschaft zur Verfügung der Mittel bei uns vorhanden ist.

Deutschland habe gereicht, daß es seit 1870 trotz starken Landarmes lediglich Friedenspolitik getrieben hat, diese starke Armee — das muß immer wieder hervorgehoben werden — hat sich im Wesentlichen gezeigt als ein Faktor im Interesse der Friedenshaltung. Von demselben Gesichtspunkt betrachten wir die Flottenvermehrung. Diese wird im Interesse unserer überseeischen Anlagen und zum Schutze unserer Küsten bewilligt. Es kann nicht gelugnet werden — das möchte ich dem Abg. Webel gegenüber hervorheben, der auf die Reize der Torpedoschiffe hingewiesen hat — daß die Entlassung der Bevölkerung in der That groß ist, daß die Menschen zu Hundertausenden an den Rhein gedrängt sind, um diesen Theil unserer Marine zu sehen und zu begrüßen. Auf der anderen Seite ist es auch sehr erfreulich, daß



unserer deutschen Marineangehörigen bei dieser Gelegenheit eine so große Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt haben, wie das in der Tat der Fall war. (Heiterkeit.) Es ist nicht zu leugnen, daß die Erkenntnis in unserer Bevölkerung mächtig gewachsen ist, daß es notwendig sei, die Flotte zu verstärken. Viele Elemente, die anfänglich der Vorlage gegenüberstanden, stimmen ihr jetzt zu. Das ist ein weittragender Faktor, der in diesem Hause die Annahme des Gesetzes gewährleisten wird. Ich beantrage die Annahme des § 1 und bin überzeugt, daß wir damit ein Werk thun werden zum Nutzen und zur Ehre unseres Vaterlandes. (Beifall.)

**Abg. Gröber (Str.):** Die Vorwürfe des Abg. Nebel gegen den Berichterstatter sind unberechtigt, denn es ist Brauch, wenn ein ausführlicher schriftlicher Kommissionsbericht vorliegt, sich recht kurz zu fassen. Ich habe mich bei dem Bericht über die Militärvorlagen noch kürzer gefaßt. Der Abg. Nebel hat natürlich möglichst auf das Centrum losgeschlagen und einen Widerspruch in anderer Haltung konstataren zu können geglaubt. Aber mein Freund Schädel hat bei der ersten Lesung schon gesagt: „Wir sind für das Gesetz in der Form und dem Umfang nicht zu haben“. Kollege Nebel spricht von einem Umfall des Centrums, aber im Februar hat er gesagt, er verfolge nicht, wie Graf Schwerin aus der Rede des Abg. Schädel eine feindselige Haltung zur Vorlage herauslesen könnte. Damals hatte also Herr Nebel unter dem falschen Eindruck der Schädel'schen Rede eine ganz andere Meinung. Nein, von einem Umfall des Centrums kann gar keine Rede sein. Man verfolge doch nicht, daß die Vorlage in der Kommission wesentlich umgestaltet ist, so daß sie gegenüber der Regierungsvorlage 390 Millionen weniger kostet. Ist das eine Kleinigkeit, Herr Nebel? Eine gesetzliche Bindung enthält die Vorlage auch nicht mehr. (Widerpruch links.) Wer das bestreitet, der braucht ja nur den Wortlaut der Beschlüsse durchzulesen. Jetzt werden die leistungsfähigen Schultern davon getroffen, es werden leistungsfähigste Steuergehalte vorgelegt, und für eine Vorlage in diesem Umfange können wir ruhig stimmen. Wir sind, wie bereits Herr Schädel betont hat, keine Gegner einer starken Kriegsstärke. Wir sind viel unabhängiger und selbständiger als die Sozialdemokraten und möchten die Reichstagsauflösung, zu der Herr Nebel gerathen hat, nicht. Wenn Herr Nebel sagt, daß selbst ein Centrumslatt früher gerathen hat, den Reichstag aufzulösen, so hätte er doch auch hinzufügen sollen, daß dasselbe Blatt später unseren Standpunkt durchaus gebilligt hat. Bei der ersten Lesung sagte Herr Nebel, seine Partei lehne die Vorlage ab, weil sie zur Stärkung eines Systems diene, das sie bekämpfe. Das sind doch keine Gründe, die sich aus der Vorlage ergeben, das sind allgemeine politische Gründe, die man stets anführen kann. Wenn wir für die Vorlage eintreten, was uns nicht leicht würde, so thun wir es, weil wir uns sagen, daß wir bei etwaigen Konflikten, die mit Waffengewalt in Anspruch genommen werden müssen, nicht von der Gnade anderer Völker abhängen dürfen. Angesichts der Krieges, die in den letzten Jahren aus wirtschaftlichen Ursachen geführt sind, dürfen wir nicht das Risiko auf uns nehmen, ungerüstet zu bleiben. In Frankreich sind ja auch die Parteigenossen des Herrn Nebel ganz anderer Ansicht. Wir stimmen für die Vorlage, da die Kosten von den leistungsfähigen Schultern getragen werden. Ich beschränke mich auf diese wenigen Ausführungen; auf die übrigen Reden einzugehen habe ich keine Veranlassung. (Beifall.)

**Abg. Richter (fr. Vp.):** Die Verhandlungen über Marinefragen sind zu keiner Zeit so lebhaft gewesen, als seit dem Jahre 1897, weil man früher niemals so starke Zuminungen auf diesem Gebiete an den Reichstag gestellt hat, wie in der letzten Zeit und es ihm früher niemals gelungen hat, sich sein Staatsrecht binden zu lassen. Man hat von einer Fluthwelle der Begeisterung gesprochen, die jetzt zu Gunsten der Flotte durch das Land gegangen sei. Nun ja, Fluthwelle! Wenn von der obersten Stelle aus bis zu dem letzten Landrat und Bürgermeister alle Redner aufgebieten werden, dann kann wohl eine Fluthwelle entstehen, aber nur eine solche, wie sie auf dem Rheinstrom entstanden sein soll, als ihn die Torpedostille besuhr. (Heiterkeit.) Groß ist die Begeisterung nirgends gewesen. Sogar die Kreuzzeitung hat ja davor gewarnt, wegen etwaiger Ablehnung der Flottenvorlage den Reichstag aufzulösen, und wie fühlt man auf dem Lande in konservativen Kreisen der Flottenvermehrung gegenübersteht, das haben Sie ja selber genügend erfahren. Was hat sich denn auf dem Wasser zugegetragen, das die Vermehrung der Flotte rechtfertigt? Eigentlich ist es doch nur die Entsendung der Torpedodivision nach dem Rhein gewesen. (Heiterkeit.) Die Offiziere der Torpedodivision sind dort so gefeiert worden, wie man kaum die Sieger von Manila und St. Sago gefeiert hat. (Heiterkeit.) Zie-

lich, sie haben auch etwas geleistet, denn nichts ist bekanntlich schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen. (Erneute Heiterkeit.) Was bezweckt man eigentlich mit der Entsendung der Torpedostille? Wollte man darauf hinauskommen, daß, wie es geschehen sein soll, die Leute meinten: Ja, wenn unsere Flotte jetzt nur aus so kleinen Schiffen bestünde wie diesen da, dann ist die Verstärkung wirklich notwendig? (Große Heiterkeit.) Es liegt mir fern, die Absicht der Kommission zu überschätzen oder zu unterschätzen. Sie betragen 16 Proz., und das hat eine gewisse Bedeutung gegenüber denjenigen, die da behaupten, daß an Marineforderungen überhaupt keine Absätze gemacht werden dürfen. Bei der Streichung der Auslandschiffe handelt es sich nicht bloß um eine Vertagung, wie der Staatssekretär annimmt; nein, in der Kommission ist es ausdrücklich betont worden, daß hier keine Vertagung stattfinden soll, sondern eine Ablehnung ohne jedes Vorbehalt. Der Charakter dieses Gesetzes ist, daß die Beschlüsse der Regierung gestärkt werden sollen gegenüber dem Reichstag. Die Art, wie das geschehen ist, hatte ich für ganz verfehlt. Es schädigt uns dem Auslande gegenüber, wenn wir für eine Reihe von Jahren einen bestimmten Plan festlegen. Dadurch wird das Ausland nur alarmirt. Die Bemerkung des Abg. Gröber, daß wir doch jedes Jahr bewilligen könnten, was wir wollten, trifft nicht zu. Es ist uns eine Marschroute vorgezeichnet, von der wir nicht abgehen können, wenn auch die einzelnen Marschstage und Verpflegungspunkte nicht festgelegt sind. Um sich ja ein Meter von Kriegsschiffen kein Uebel - vorausgesetzt, daß sie nichts kosten (Heiterkeit), aber es ist im Leben häufig eingerichtet, daß eben alles Geld kostet, und der Beweis, daß der Aufwand von Mitteln hier im Verhältnis zu dem Nutzen steht, ist von keiner Seite ebracht worden. Man hat diese Vorlage unter anderem auch begründet mit der Gleichrichtung einer vermehrten deutschen Kapitalanlage im Auslande. Da ist es doch merkwürdig, daß man auf der anderen Seite durch den Stempelsteuereffektverlust jetzt gerade diese Kapitalanlagen im Auslande wieder erschweren will. Was ist das für eine widersprüchliche Politik! Dann soll der Schiffahrtsverkehr durch die Flotte gehoben werden. Glaubt man das etwa durch die neuen Schiffahrtsabgaben zu erreichen? Die Amerikaner nehmen ihren Schiffahrtsabgaben keine Rücksicht, sondern gewähren ihnen für starken Verkehr sogar Prämien bis zu beträchtlicher Höhe. Von anderer Seite ist gesagt worden, auch die Einfuhr aus dem Ausland könnte gestärkt werden, wenn wir eine starke Flotte hätten. Und es ist da besonders auf das Fleisch hingewiesen worden, auch auf das Wachsenfleisch. Und jetzt machen Sie das Fleischgeschäft und verbieten die Einfuhr. Ja, was ist das für eine Politik! Sie wollen durch die Flotte auch die Einfuhr sichern, und nun kommt Graf Bolandowsky und lacht einen Jollaris zu entwickeln, der auf manchen Gebieten einem Verbot der Einfuhr gleichkommt. Wenn Schrittweise unsere Selbstversorgung darauf hindrängt, dann werden wir in der That bald eine Blockade haben, keine Blockade im Kriege aber eine im Frieden. (Sehr wahr! links.) In keinem Lande der Welt ist eine so widersprüchliche Politik, eine solche Fickpolitik je getrieben worden, wie in den letzten Jahren bei uns. Die Handelsverträge, die man früher eine rettende That nannte, die man als einen Mark- und Danklein pries, den der Reichstag sich gefaßt habe, - jetzt sucht man sie zum Umsturz zu bringen und durch eine Phantasiapolitik zu ersetzen, die wir nicht mitmachen werden. (Beifall links.)

**Abg. Graf Arnim (Vp.):** Man hat es der Rede des Abg. Richter angemerkt, daß ihm der Resonanzboden im Volke fehlt. Der Enthufadungs am Rhein (Lachen bei den Soz.) - nun, meine Herren, das Hurrah-Rufen war lauter, als Ihr Lachen. (Erneutes Gelächter bei den Soz.) Wie kann Herr Richter behaupten, daß durch die Vorlage das Staatsrecht des Reichstags eingeschränkt wird? Es handelt sich darum, daß unsere Flotte sich gleichmäßig entwickeln kann, und das ist nur möglich durch diese Vorlage. Würden die Arbeiter gefragt werden, ob sie die Vorlage wollen, so würden sie unbedingt „Ja“ sagen. (Widerpruch links.) Den Arbeitern muß gesagt werden, wo ihre wahren Freunde sind, es muß Vorsorge getroffen werden, damit sie, wenn der große Krieg kommt, nicht Hunger und Noth zu leiden brauchen. Der französische Minister Millerand (Lachen bei den Sozialdemokraten: Millerand!) ist ganz meiner Meinung. Daß der Flottenverein hier und da mal einen Fehler gemacht hat, gebe ich zu, das ist leicht erklärlich, aber sein großes Verdienst besteht doch darin, daß er ausdauernd gewirkt hat. Hoffentlich wird das, was jetzt noch nicht bewilligt ist, im Jahre 1906 nachbewilligt werden.

**Abg. Hilpert (bair. Bauernbund):** Es ist erklärlich, daß wir

dieser Vorlage nicht sympatisch gegenüberstehen. Wenn wir Vertrauen zur Regierung bezüglich der Handelsverträge haben könnten, dann wäre es anders, aber das Vertrauen hat sich die Regierung beim Fleischgeschäft verschert. Wir stimmen gegen § 1 und gegen das ganze Gesetz.

**Abg. Richter (fr. Vp.):** Die letzten Ereignisse in der auswärtigen Politik beweisen, daß wir nicht bloß zu Lande, sondern auch zur See stark sein müssen. In dieser Frage steht die große Mehrheit des Volkes hinter der Mehrheit des Reichstags, die die Vorlage will. Die Flotte ist ein Instrument der auswärtigen Politik, dessen wir bedürfen. An unserer auswärtigen Politik haben wir heute genau so wenig anzusetzen wie zur Zeit des Fürsten Bismarck, wir haben Vertrauen zur Regierung und können ihr deshalb das Instrument, das sie braucht, nicht verweigern. Die Erhöhung des Getreidezolls hat mit der Flotte nichts zu thun. Wenn diese Frage an uns herantritt, so werden wir gemeinsam mit dem Abgeordneten Richter gegen höhere Getreidezölle kämpfen. Es wird gesagt, wir sind Unionistpolitik. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn der Kaiser Schutz zu Lande und Wasser braucht, wir diesen Schutz bewilligen. Deutschland muß seinen Platz behaupten.

**Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):** Wenn der Abg. Richter i. Z. als Bürgermeister von Neuwied bestätigt wäre, so wäre sein Cours ein anderer geworden.

Präsident Graf Ballerstein: Ich ersuche den Redner, nicht auf Privatverhältnisse anderer Redner einzugehen.

**Abg. Liebermann v. Sonnenberg** erklärt im Fortgang seiner Rede, daß seine Partei in zweiter Lesung für den § 1 stimmen werde, sich aber ihre endgiltige Stellung bis nach Lösung der Deckungsfrage vorbehalten.

**Abg. Nebel (Soz.)** wirt nochmals dem Centrum eine Wandlung in den Ansichten vor und weist darauf hin, daß durch die Deckungsfrage auch ein großer Theil der Centrumswähler, und zwar der allerärmsten, schwer belastet wird. Er müsse sich dagegen verhalten, daß man das, was Millerand in Frankreich macht, den deutschen Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt. Aus dem Beifall, den die Torpedobote gefunden haben, sollten doch politische Männer kein Kapital schlagen, das könne man politischen Kindern überlassen. Solche Schaulustler finden immer Beifall, er erinnere nur an den Umgang von Bismarck. (Heiterkeit.) Er bestreite, daß die Mehrheit des Volkes die Flotte wünscht. Auch in England werde man hoffentlich über kurz oder lang ein gewisses Grauen vor der Politik empfinden, die jetzt dort getrieben wird. Er begreife nicht, wie der Abg. Vöhrmann den Artikel in der „Neuen Zeit“ gegen ihn auspielen könne. Dieser Artikel spreche sich doch mit keinem Wort für die Flottenvorlage aus.

**Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (Nl.):** Ich bedauere, daß die Abg. Richter und Nebel über die Torpedomanöver in einem Ton gesprochen haben, der die rheinische Bevölkerung verletzt. (Lachen links.) Es sind nicht Säulungen, sondern reife deutsche Männer, die ihren Beifall über diese Manöver kund gegeben haben. Ich protestiere gegen eine solche Beleidigung der rheinischen Bevölkerung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Graf Arnim (Vp.):** Auch ich protestiere gegen den Vergleich mit dem Circus Wagnau.

**Abg. Richter (fr. Vp.):** Was ich über die Torpedomanöver gesagt habe, ist durchaus zutreffend. Auch den Karnevalsanzügen jubeln die Leute in Köln zu. Das ist allerdings eine Entfindung der bösen Mädrer, daß die Fahrt den Rhein aufwärts hat eingestellt werden müssen, weil das Gewicht der Matrosen zu schwer wurde. (Große Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Abg. Müller-Fulda wird § 1 in **namentlicher Abstimmung mit 153 gegen 79 Stimmen angenommen.**

Dagegen stimmen die freisinnige Volkspartei (einschließlich des Abg. B. A. H.), die lüderliche Volkspartei, Sozialdemokraten, Eisässer, Polen und hiesige Bauernbündler. Der Abg. Wingen (Str.) und noch ein anderer Abgeordneter enthalten sich der Abstimmung.

Hierauf verlagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Deklaration wegen der Witzschiffe, Fortsetzung der zweiten Lesung der Flottenvorlage und zweite Lesung der Deckungsfrage.)

Schluss 6 Uhr.